Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitzeile entgegen. Eingaben für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 299. [48. Jahrgang.] Sonntag den 20. Dezember 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 299.

Berlin, den 19. Dezember.

Rückblicke.

Wie alljährlich, so lädt auch diesmal die nahegerückte Weihnachtszeit die deutsche politische Presse zu Betrachtungen über das von unseren Parlamenten bisher an laufender Arbeit Geleistete ein. Man darf sagen, daß der Reichstag bei solcher Nachfrist doch nicht übel fährt. Allerdings erschienen die ernst zu nehmenden Blätter darin einig, daß im allgemeinen dem Redestrom nach wie vor ein etwas reichlicher Spielraum belassen worden war, und das Wort des Abg. D. Naumann von der „Halle der Wiederholungen" ist eben deshalb noch keineswegs verklungen. Es bleibt indessen bei der Anerkennung, daß das Haus in seinen neunundzwanzig Plenarsitzungen seit Anfang November das ganz nicht unbedeutende legislatorische Programm bewältigt und noch verschiedene Debatten, deren Gegenstand ursprünglich nicht vorlag, durchgeführt hat. In dem verflossenen Tagungsabschnitte hat der Reichstag die Gewerbeordnungsnovelle, betreffend Arbeiterinnenschutz, unter Dach gebracht, die Reichsfinanzreformvorlagen, den Reichshaushaltsetat, die Besoldungsordnung, die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozeßordnung u. s. f., weiter auch den Weingesetzentwurf, die Vorlage, betreffend Preisfestsetzung beim Warthandel mit Schlachtvieh, den Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, und die Verfassungsanträge aus dem Hause in erster Beratung erledigt, so daß sie an die Kommissionen gehen konnten. Außer einer langen Reihe von Petitionsberichten und verschiedenen Rechnungssachen hat das Haus über fünf Interpellationen, betreffend die Veröffentlichung im Daily Telegraph, zwei Interpellationen als Anlaß der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Krisis, ferner über zwei Interpellationen, betreffend das Grubenunglück in der Zeche Radbod, verhandelt. Das sind, so hebt die Kreuzzeitung hervor, in der Tat Leistungen, die Anerkennung verdienen, und die nur bei großer Arbeitsfreudigkeit des Parlaments vollbracht werden konnten. Zwei Interpellationen, nämlich die des Zentrums über schwarze Listen und die Freiheit des Arbeitsvertrages, und die der Volksfraktion über angeblich mißbräuchliche Anwendung des Polenparagraphen im Reichsvereinsgesetze sind, da sich der Reichskanzler zu deren Beantwortung nach Neujahr bereit erklärte, vorläufig zurückgestellt worden. Außerdem blieb an Beratungsmaterial neben der Novelle zum Gesetz über unlauteren Wettbewerb nur die erst kürzlich eingegangene Arbeitskammervorlage, die wohl auch lange Debatten verursachen dürfte, unerledigt, und in kommunalischer Beziehung befinden sich noch aus dem früheren Tagungsabschnitte die Novellen zum Viehseuchengesetz bezw. zu dem Gesetz, betreffend Sicherung der Bauforderungen. Dem Reichstage stehen mithin nach der Festpause weitere Arbeitsleistungen erheblichen Umfanges bevor. Das genannte konservative Organ betont noch zur Eintschädigung, daß diese, ihren hoffnungs-Vorwegnahmen entsprechend, verhältnismäßig matt verlief, aber den Vertretern der Reichsregierung, sowohl dem Reichskanzler selbst wie den Staatssekretären v. Bethmann Hollweg und v. Schoen, Anlaß zu Erläuterungen bot, bei denen die Leitung der deutschen Politik sehr gut abgeschnitten habe.

Zu dem endgültig verabschiedeten Teil der Gewerbeordnungsnovelle, der sich mit einer Beschränkung der Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben befaßt, fehlt es gleichfalls nicht an Kommentaren in den Blättern. Dazu wird angeführt sein, die tatsächlichen Verderbungen im Gedächtnis zu rufen, die nunmehr beschlossen worden sind. Vor allem ist der Geltungsbereich der Paragraphen 134 bis 139 b der Gewerbeordnung, zuvor nur auf Fabriken beschränkt, auf alle Betriebe ausgedehnt, die in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigen. Ausgenommen bleiben die Vorschriften über Arbeitsordnungen, die für Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern gelten. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden; ihnen ist eine ununterbrochene elfstündige Minimalruhezeit zu gewähren. An Sonnabenden und Festtagsvorabenden darf die Arbeitszeit nicht über 5 Uhr hinaus währen. Arbeiterinnen aber dürfen dann nur 8 Stunden, an den übrigen Tagen längstens 10 Stunden beschäftigt werden. Wöchnerinnen müssen 3 Wochen lang, davon mindestens 6 Wochen nach ihrer Niederkunft, unbeschäftigt bleiben. Mitgabe von Hausarbeit an Betriebsarbeiterinnen darf nicht erfolgen an Tagen, in denen sie bis zur gesetzlich zulässigen Dauer beschäftigt waren, ebensowenig für Sonn- und Festtage. An Tagen, an denen die Arbeiterinnen nur kürzere Zeit im Betriebe tätig waren, darf ihnen nur so viel Hausarbeit mitgegeben werden, als sie für den Rest der zulässigen Arbeitszeit im Betriebe herstellen könnten. Ausnahmsweise Längerbeschäftigung erwachsener Arbeiterinnen mögen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit ist nur bis 12 Stunden täglicher Arbeitsdauer bis 9 Uhr Abends und bis zu 50 Tagen im Jahre gestattet, sofern die durchschnittliche Arbeitsdauer der Arbeiterinnen 10 Stunden nicht überschreitet. Der Bundesrat ist ermächtigt, für Fabrikationszweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis hervortritt, eine tägliche Verlängerung der Arbeitsdauer auf 12 Stunden, den Sonnabend ausgenommen, bis zu 40 Tagen im Jahre zuzulassen. Zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen darf der Bundesrat für einzelne Gewerbezweige eine Herabsetzung der elfstündigen Mindestruhezeit auf 8½ Stunden an 60 Tagen im Jahre zulassen. Eine Häufung der Ausnahmen durch Gewährung verschiedenartiger Ausnahmen an den gleichen Betrieb darf nicht eintreten. Verboten wird endlich die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Bergbau über Tage bei der Förderung (ausgenommen Aufbereitungsarbeiten), beim Transport und Verladen, ferner in Kokereien, und die Beschäftigung beim Materialtransport auf Bauten vom 1. April 1915 ab. — Allgemein wird anerkannt, daß diese Beschlüsse des Reichstages eine vernünftige Mitte zu halten suchten zwischen dem vorgetriebenen sozialpolitischen Standpunkt, wie ihn sich, namentlich die in Wahl ihrer Agitationsperlen sich bequeme Sozialdemokratie, auch hier wieder zu eigen machte, und mehr auf Beharrung gerichteten Wünschen aus industriellen Kreisen.

Auch die beisammen gebliebenen Kommissionen des preußischen Abgeordnetenhauses haben in reger Arbeit sowohl die allgemeine Besoldungsvorlage wie das Lehrerbesoldungsgesetz durchberaten und konnten dem Plenum alsdann in die Ferien folgen. Ueber das Fortschreiten dieser eingehenden Verhandlungen berichten wir täglich; es sind alle genügend hier nur auf den Beschluß der verstärkten Budgetkommission hinzuweisen, der auch die Besoldungsaufbesserung aller höheren Beamten ausspricht. Sie trat damit einem Kompromißantrag der nationalliberalen, konservativen und freisinnigen Mitglieder bei. Dieser sprach pensionsfähige Zulagen von 400 ℳ den Leitern von solchen höheren Lehranstalten zu, die keine Vollanstalten sind, Pensionsfähige Zulage in Höhe von 1000 ℳ sollen erhalten die Oberlandesgerichtsräte, die Ersten Staatsanwälte, Landgerichtsdirektoren, Leiter von Vollanstalten usw., ferner die Provinzialschulräte, weiter im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsreform etatmäßige Mitglieder der Regierungen in gehobenen Stellungen (auch die technischen) bis zu einem Drittel der Gesamtzahl der etatmäßigen Stellen, weiter die etatmäßigen Mitglieder der den Regierungen gleichgeordneten Provinzialbehörden der Spezialverwaltungen bis zu einem Drittel der Gesamtzahl der etatmäßigen Stellen. Die Oberregierungsräte der genannten Verwaltungen sollen an Stelle einer Zulage von 900 ℳ in Zukunft eine solche von 1200 ℳ und die Oberregierungsräte als Vertreter der Regierungspräsidenten und die ständigen Vertreter der Präsidenten der Eisenbahndirektionen an Stelle der bisherigen pensionsfähigen Zulagen von 1800 eine solche von 2100 ℳ erhalten. — Von den anwesenden Ministern wurde dieser Kompromißantrag nicht bekämpft; Freiherr v. Rheinbaben erklärte nach den vorliegenden Mitteilungen über die Verhandlung, die Regierung könne zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Deckung für alle Besoldungsvorlagen beschafft würde, und daß der Gedanke des Richterbesoldungsgesetzes nicht verletzt werde. Minister des Innern v. Moltke gab nach gleicher Quelle die Erklärung ab, daß er für die Regierung einzelne Dezernate bestimmt bezeichnen werde, welche in Zukunft als gehobene Stellen zu betrachten seien, und daß bei der Konkurrenz von solchen gehobenen Stellen für die Zuteilung der pensionsfähigen Stellenzulagen innerhalb der gehobenen Stellen das Dienstalter maßgebend sein solle. Der Justizminister Beseler erklärte, daß die Oberlandesgerichtsräte, Landgerichtsdirektoren, Ersten Staatsanwälte ein höheres Gehalt haben müßten, als die Richter erster Instanz. Insofern könne sich also die Justizverwaltung mit dem Antrag einverstanden erklären. — Der Kompromißantrag fand sodann mit allen Stimmen gegen die des sozialdemokratischen Mitgliedes Annahme.

Noch immer dauert die Erörterung an über den zwar mißlungenen, für die Geschichte der Parteimoral aber doch recht bedeutsamen Versuch des Zentrums, bei der Reichstagserfahwahl in Meserig-Bomst den Begriff einer „deutschen Kandidatur" zu behaupten zu machen, daß die polnischen Stimmen restlos dafür eintreten konnten. Neuerdings zieht jedoch die Kuferin im Streit, die Germania, nach einer Reihe kraftser Verlautbarungen — wie hatten von mehreren den gebührenden Vermerk gemacht — Saiten auf. Man dringt also in den führenden Zentrumskreisen langsam dahinterzukommen, daß die von ihnen für den Wahlkampfsbetrieb gutgeheißene Logik wegen ihrer geringen Auslichten etwas besser zugestutzt werden sollte. Jetzt heißt es, das Zentrum verwerfe ja mit der gleichen Entschiedenheit, wie z. B. die Konservativen alle deutschfeindlichen Agitationen der polnischen Elemente, aber es überset dabei nicht, daß das Gros des polnischen Volkes den Frieden wolle, da nur dieser ihm Vorteile bringen kann, — was wahr ist. Nur entbehrt der entsprechende Wille dieses Gros, ein Vorhandensein angenommen, bis auf den heutigen Tag jeder Aeußerung. Aber der Germania genügt dieses verstockte Schweigen als — Beweis dafür, daß den radikalen Elementen gegenüber „eine gemäßigte Strömung sich immer mehr geltend macht, welche mit Eifer und Geschick daran arbeitet, das zwar einerseits den Polen die Behandlung wieder zu erobern, die ihnen durch die Verfassung und durch Königswerte verbürgt wurde, welche der Muttersprache zu ihrem Rechte verhelfen will und das Eigentum der Polen ebenso intakt erhalten wissen will, wie das bei den Deutschen der Fall ist, welche aber anderseits selbst im Kampfe liegt mit den radikalen Elementen und in diesem Kampfe nicht zu unterschätzende Erfolge bereits erzielt hat". Wann hätten sich die Mitglieder der polnischen Fraktion so sehr mit den verschiedenen Etatsfragen, mit den einzelnen Gesetzesvorlagen, mit den verschiedenen wirtschaftlichen Fragen befaßt, wie das jetzt der Fall sei? Nicht mehr beschränkten sie sich auf das Protestieren, sie arbeiteten mit, und es seien nicht in letzter Reihe gerade die als radikal bekannten Mitglieder der Fraktion, welche diese praktische Arbeit leisteten, damit die Aufmerksamkeit des Volkes von den bloßen Protestieren ablenkten und sie als vollwertige und interessierte Glieder des preußischen und deutschen Vaterlandes sich fühlen lehrten. „Diese Richtung zu stärken, ist ein eminent nationales Tun. In demselben Maße, wie die gemäßigte Richtung unter den Polen gestärkt wird, und sich die Polen an den gemeinsamen Arbeiten der Volksvertretung beteiligen, wird die deutsch-feindliche Richtung zurückgedrängt werden, und deshalb ist jeder deutsch-nationalen Standpunkte aus alles zu begrüßen, was dieser Entwicklung zum friedlichen Zusammenwirken der Deutschen verschiedener Zunge Vorschub leistet." — So die Germania; sie hat, wie man sieht, ihren Text äußerlich zu heben gesucht. Aber abgesehen von der schon als rein willkürlich erwiesenen Voraussetzung des Ganzen (der Zentrumskandidat für Meserig-Bomst bekam alle polnischen Stimmen, also auch die jetzt verworfenen deutschfeindlichen darunter, zu heben Ablehnung wahrlich nichts gesagt) steckt doch ein netter kleiner Widerspruch darin, daß die Radikalpolen zuerst stigmatisiert, dann aber in ihren Mandaten bestätigt werden. Die arge Kniffligkeit des vom Zentrum kunstreich aufgestellten und vereinfachten Versöhnungsproblems tritt damit klar zu Tage. Es mag sein, daß gewisse Schichten der Zentrumsanhänger für solche Beweisführung noch ein dankbares, vom parteiwibrigen Mißbrauch des politischen Unterscheidungsvermögens nicht angetränktes Publikum abgeben, aber in den Ostmarken wohnen die wenigsten dieser Art. Eher vielleicht in deutschen Strichen, wo man das polnische Gelüst nicht in der Erscheinung kennt. Bisher ist, soviel zu sehen, unwidersprochen geblieben, daß das Pirmasenser Tageblatt einen Bericht über ein Familienfest des katholischen Männervereins St. Marien zu Kaiserslautern mit den Sätzen verschönert hat, es sei eine beklagenswerte Erscheinung, daß selbst in katholischen Kreisen ein übertrieben nationales Bewußtsein immer mehr festen Fuß fasse. Der dümmste Stolz wußtsein immer mehr festen Fuß fasse. Der dümmste Stolz sei der Nationalstolz da er nicht weiter als ein tierisches Rassenbewußtsein bartielle (!). „Wohl sollen wir unser Vaterland lieben, aber auch die anderen Nationen achten und vor allem der Kirche dienen." Wenn das Zentrum nun seine schärfsten Agitatoren aus dem Westen nach dem Posenschen holte, so fühlt man hier auch den geistigen Zusammenhang durch, der dieser Maßnahme zu Grunde lag. Den dortigen deutschen Katholiken allerdings konnte nicht mit Reden imponiert werden, die den polnischen Nationalstolz zu kitzeln, den deutschen aber mindestens zu vertagen bestimmt waren. Denn sonst — daran ändert auch das sorglamste Drumherumgehen nichts — gab es einfach keine polnischen Wahlstimmen für den Zentrumsmann, und was die Bescheidenheit der „Verschnitzlichen" weiterhin ausdehnen hat, wird die Zukunft sicherlich bald aufdecken. Von den schlechten Geschäften, die das Zentrum hier für sich eingeleitet hat, dürfte seine Wahlkreisvorlage die erste, jedoch noch nicht die bitterste Frucht gewesen sein.

Schon aus der Haltung der Polenblätter war zu entnehmen, daß in deren Leserschaft gar keine Spannung über die etwaigen Erfolge des Zentrumskompromisses herrschte. Die polnische Agitation ruht nicht; sie findet noch immer neue Wege der Betätigung. Ein Stimmungsbild in der Kölnischen Zeitung führt hierzu näher aus:

Mit dem neuen Vereins- und Versammlungsgesetz wissen die Polen sich auf ihre Art abzufinden. Da dem Strafgesetz jetzt durch das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, da wo die polnische Bevölkerung nicht 60 v.H. erreicht, das Hauptgebiet seiner bisherigen Wirksamkeit verschlossen ist, so hat er, wie erinnerlich, seine Organisation umgestaltet und legt sich nun auf die Agitation von Mund zu Mund. Dazu war eine weitgehende Dezentralisation notwendig in selbständige Vereine, deren „Vereinsversammlungen" dann gesetzlich keine polizeiliche Ueberwachung mehr zu besuchen haben. Die Mitglieder haben, gleichsam als nationale Ortsmissionare eine Reihe ihnen zugewiesener Familien zu besuchen und auf ihre nationale Kapitelfestigkeit zu kontrollieren. Nächtschnur und Leitfaden ist dafür der vom Strafverein herausgegebene „nationale Katechismus". Obwohl der Strafverein nur etwa 26 000 Mitglieder zählt und man seine Geschäftlichkeit noch nicht allzu hoch anzuschlagen braucht, so steht man auf solchem Vorgehen doch, wie bewußt von der polnischen Seite der Gegensatz verschärft und die Agitation an jeden einzelnen, in an das Kind schon herangetragen wird. Man sieht auch, welche Schwierigkeiten der notwendigen Ueberwachung durch die örtlichen Behörden entgegengesetzt werden, ferner geht man eben daran, die Bestimmung des neuen Vereinsgesetzes, daß auch die Frauen sich politisch betätigen dürfen, auszunutzen. Die Frauen werden zur Teilnahme an politischen Versammlungen und zum Eintritt in die Vereine herangezogen. Auch die Betätigung der polnischen Frauenvereine, die natürlich von vornherein einen nationalpolitischen Charakter tragen wird, ist im Werk, ebenso wie der Versuch, die gewerkschaftlichen Frauenorganisationen dem anzuschließen. Bei dem bekannten Charakter der polnischen Frau ist zu erwarten, daß von dem Recht des neuen Gesetzes sehr lebhaft und entschieden Gebrauch gemacht werden wird, und vermutlich wird sich sehr bald zeigen, daß auch die deutsche Frauenwelt der Ostmark das damit gebotene Werkzeug nationaler Betätigung wird gebrauchen lernen müssen, und daß für den nationalen Kampf die bisherigen Frauenorganisationen wie besonders in dem an sich so zegenreichen Vaterländischen Frauenverein doch nicht genügen. — Schließlich sei noch hinzugefügt, daß die politische Organisation der Polen für die Wahlen in der Provinz Posen jetzt wieder weitere Dezentralisierung erfährt. Der Dziennik Poznanski veröffentlicht den Entwurf einer Einteilung der Kreise in Bezirke, deren Bezirksversammlungen das Recht der Mitwirkung an der Aufstellung der Kandidaten erhalten. Das Provinzialwahlkomitee muß sich wohl zutrauen, der damit angebahnten noch stärkeren Demokratisierung die bisher die Spitze bieten zu können. Es erhält es auch in der neuen Ordnung die endgültige Bestimmung der Kandidaten aus den von den Bezirks- und Kreisversammlungen aufgestellten Listen in der Hand. Das neue Reglement wird jedenfalls dazu dienen, das politische Leben noch stärker anzufachen und die Agitation noch lärmender und radikaler zu gestalten.

Bei der allgemeinen und hilfsreichen Teilnahme aus Anlaß des schweren Grubenunglücks der Zeche Radbod entgeht der so geförderten Aufmerksamkeit doch auch die Tatsache nicht, daß die Sozialdemokratie wieder einmal in erster Linie auf die möglichst grelle Ausnutzung der Erregung für ihre feindseligen Zwecke hinarbeitet. Der schon in Nr. 297 gekennzeichnete, mit Hohn und Spott gespickte Artikel des Reichstagsabgeordneten Hue zeigte schlagend, wessen sich gerade seine vorgebliche Klientel, die Bergarbeiterschaft, zuletzt von solchen Freunden zu versehen hat. „Die Bergarbeiterführer", so bemerkt bei dieser Gelegenheit die Leipziger Zeitung, „treiben wieder ein gefährliches Spiel. Sie haben doch vor nicht langer Zeit die Erfahrung gemacht, daß sie absolut machtlos sind, wenn sie von ihnen künstlich und mit verwerflichen Mitteln gesteigerte leidenschaftliche Erregung bei den Massen zum Ausbruch kommen. Die Erregung der Bergleute wird seit dem erwähnten Grubenunglück in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse, sowie in den massenhaft in den Bergwerksrevieren veranstalteten Agitationsversammlungen u. a. dadurch geschürt, daß auf die hohe Zahl der jährlichen Unfälle hingewiesen wird, die im deutschen Bergbau vorkommen. Es gibt niemanden in Deutschland, der sich der hohen Gefahren, denen der Bergmann jahrein in seinem schweren Berufe ausgesetzt ist, nicht bewußt wäre, und der nicht den Wunsch hätte, es möchte gelingen, die bergmännische Unfallziffer auf das allergeringste Maß herabzusetzen. Wer die Verhältnisse im deutschen Bergbau vorurteilsfrei prüft, wird zugeben müssen, daß insbesondere die staatlichen Bergbehörden unausgesetzt ihr volles Augenmerk auf die Aufgabe richten, durch strenge Maßnahmen Unglücksfälle im Bergbau zu verhindern. Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer eine Agitation das leugnen, und wenn sie, ohne eine Spur von Beweisen vorzubringen, ausschließlich den Bergbehörden und den Bergbetriebsverwaltungen die Schuld, wie für den letzten schweren Unfall, so für fast alle Unfälle im Bergbau zuschreiben, so ist das eine gewissenlose Handlungsweise, die nur durch das Bestreben zu erklären ist, die Bergleute zu beunruhigen und sie in die Organisation hineinzuständigen, die schließlich für den jetzigen geplanten Generalstreik einzuzwegzieren." — Gewiß wird dieser sozialdemokratische Weihnachtswunsch vorderhand eben ein Wunsch bleiben, aber Beachtung verdient die Art, wie diesmal geschürt zu werden scheint. Denn es gehörte sicherlich mit hierher, wenn durch verschiedene Zeitungen wahrend der letzten Tage die Meldung lief, daß unter den oberschlesischen Bergarbeitern eine Gärung gehe, die möglichenweise mit einem allgemeinen Ausstande endigen werde. Was in Wirklichkeit daran war, zeigte aber eine Zuschrift aus Oberschlesien an die Schlesische Zeitung, worin gesagt wurde:

„Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß unter der oberschlesischen Arbeiterschaft fast ständig die Agitatoren der Sozialdemokratie Unzufriedenheit zu stiften suchen, um dadurch Mitglieder für ihre Organisationen zu werben. Denn niemals haben diese Organisationen irgend etwas für die Arbeiterschaft getan, da den nicht organisierten Arbeitern die Vorteile der Organisation in Streikunterstützungen vorgespiegelt werden. Augenblicklich ist aber die Stimmung unter der oberschlesischen Arbeiterbevölkerung nicht zum Ausstande geneigt. Die Bergarbeiter verwahrlosen durch die während der letzten Jahre von den fiskalischen und privatbergwerken insszenierten partiellen Streiks, die sämtlich eine Niederlage für die Bergarbeiter bedeuteten, darüber belehrt, daß ihre wirtschaftlichen Verhältnisse durch leichtsinnig begonnene und erfolglos endigende Streiks stark verrüttet werden. — Im allgemeinen geht die oberschlesische Arbeiterschaft zurzeit jede Streikneigung, zumal die Einkommenverhältnisse im Vergleich mit anderen Erwerbsgebieten recht befriedigend für sie sind. So ist beispielsweise auf einer größeren Grube Oberschlesiens bei der diesjährigen Steuereinschätzung festgestellt worden, daß 300 Bergarbeiter ein Einkommen von 2000 ℳ und darüber für die Person erzielt haben. Nach alledem hält man einen Ausstand in Oberschlesien mindestens für sehr unwahrscheinlich."

Allein die Sozialdemokratie begnügt sich eben auch mit mutwilligen Gerüchten, um die Erwartung der „Genossen" in Atem zu halten, nachdem die bürgerlichen Kreise solche Manöver besser durchschauen gelernt haben. Nur soll man der trübenden Absicht dabei sich stets bewußt bleiben. Anderseits zeugen alle diese Versuche, den sozialdemokratischen Massenindstinkt anzureizen, weiter dafür, daß die Parteiführer den von der unermüdlichen Bewiesführung ihrer theoretischen Vollkommenheit keine sonderlichen Erfolge mehr erwarten. Karl Kautsky blieb bei den jüngsten Auseinandersetzungen über Klassenkampf mit Mundrecher und Bernstein sogar schon ohne rechte Unterstützung in der Parteiprosse, was immerhin etwas besagen will. Doch der taktische Vorteil, den der geschlossene Marxismus den Leitern wider revisionistische Anläufe bietet, wird schwerlich so rasch aufgegeben werden.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Aus Konstantinopel.

Konstantinopel, 18. Dezember. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Die nicht erfolgte Einladung des bulgarischen Geschäftsträgers zu Parlamentserössnung ist zwar in politischen Kreisen viel besprochen worden, gleichzeitig wurde aber hervorgehoben, daß dies keinen Zwischenfall bilde, da die bulgarische Frage noch nicht geregelt sei. Eine etwaige Einladung unter denselben Bedingungen wie früher hätte die Bulgaren nur verletzen und einen Zwischenfall schaffen können. Die bulgarische Agentur war beflaggt und hatte gleich allen anderen diplomatischen Vertretungen Abends illuminiert.

Die Konstantinopler Blätter vom 18. besprechen die Thronrede zur Parlamentseröffnung.

Der Osmanische Lloyd nennt die Thronrede ein inhaltsvolles Dokument. Die Wirkung des bulgarischen und österreichisch-ungarischen Vorgehens werde nicht verschwiegen, und die darauf bezüglichen Worte atmeten den Schmerz beleidigter Würde. Wichtig sei die Betonung eines guten Verhältnisses zwischen den Mächten und der Türkei. — Türkei meint die Ausführungen der Thronrede über die auswärtige Politik einfach, klar und würdig und billigt den Passus über Bulgarien und Oesterreich-Ungarn. — Tanin sagt, die Sprache der Thronrede über die auswärtige Politik sei zurückhaltend, möglicherweise aus Zartheit gegen den anwesenden österreichisch-ungarischen Botschafter und gegen Oesterreich-Ungarn. Es sei logisch, daß man, während die Verhandlungen im Zuge seien, und die Beziehungen einer Besserung entgegengingen, jedes Wort vermieden habe, welches Kälte erzeugen würde. Bemerkenswert sei auch, daß die Thronrede nicht von Kreta spreche, was aber nicht besagen wolle, daß es heute keine Kreta-Frage gebe. Das Blatt sieht den Schluß, daß die ottomanischen Rechte auf Kreta geschützt werden. Der Tanin meint, wenn auch die Thronrede die Konferenz nicht erwähne, könne man doch, wo sie die feste Ueberzeugung ausspreche, daß die politischen Fragen mit Hilfe der der Türkei befreundeten Mächte befriedigend würden gelöst werden, schließen, daß die auswärtigen Beziehungen auf keiner Seite zu ernster Beunruhigung Anlaß gäben.

Nach Jeni Gazetta haben alle Souveräne an den Sultan und alle Parlamente an das türkische Parlament telegraphische Glückwünsche gesandt. Das jungtürkische Komitee in Konstantinopel hat am 17. d. M. an den Sultan eine Depesche gerichtet, in welcher dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, daß die Eröffnung des Parlaments, welche der Sultan durchgeführt habe, nachdem er nach langen Versuchen das heilige Recht einer verfassungsmäßigen Regierung gewürdigt hatte, zur Größe und zum Ruhm der Ottomanen beitragen möge. Das Komitee wünscht dem Sultan langes Leben und Glück und sagt ihm den herzlichsten und aufrichtigsten Dank.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Deputiertenkammer schlug Abg. Lorand vor, dem neuen türkischen Parlament die Sympathie der belgischen Kammer auszudrücken. Minister des Aeußern Davignon bat die Kammer, referiert zu bleiben. Man wünsche der Türkei Glück zu dem neuen Regime, das sei alles, was getan werden könne. Auf Vorschlag des Präsidenten der Kammer, Cooreman, wurde beschlossen, daß die Sympathieadresse von den Kammermitgliedern unterschrieben werde.

Zur Boykottfrage

meldet die Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft aus Kairo, den 18.: Hier verteilte eine Gesellschaft, die sich gebildet hat, um österreichische Waren zu boykottieren, Tausende von Zetteln in türkischer, arabischer und französischer Sprache mit der Aufschrift: Boykottiert Oesterreich! In den Straßen schrieen Türken, die mit Musik demonstrierend vor das österreichische Konsulat zogen: Nieder mit Oesterreich, hoch die Türkei!

Das österreichische Abgeordnetenhaus

setzte am Freitag die Beratung der Dringlichkeitsanträge, betreffend die Annexionsfrage, fort.

Morsey (christlich-social) erklärte, die Annexion sei um so mehr gerechtfertigt und notwendig gewesen, als die großserbische Bewegung öffentlich vom serbischen Minister des Aeußern in einer eigens geschaffenen Sektion geleitet worden sei, deren Abgesandter zur Information in Bosnien weile. — Dr. Ofthowicki (ruthenenfreundlicher Ruthene) bedauerte die Annexion, die im Auslande böses Blut mache, weil man in ihr den ersten Schritt eines preußisch-deutschen Vordringens nach Osten erblicke, trat für ein Bündnis mit Frankreich, England und Rußland ein und schloß mit den Worten: Los von Preußen! Los vom Dreibund! — Abg. Bachmann (deutsch-fortschrittlich) stellte entschieden in Abrede, sowohl daß die Politik Oesterreichs im wesentlichen von Sympathie für Deutschland diktiert sei, als auch, daß Deutschland in seiner jetzigen Haltung von gewissen geheimen Absichten geleitet werde. Durch die Bestätigung der Bundestreue seitens des Fürsten v. Bülow und der hervorragendsten deutschen Parteiführer sei für Oesterreich eine günstige Wendung der Lage eingeleitet, für die nicht bloß die deutschen Oesterreicher, sondern alle Oesterreicher dem Fürsten v. Bülow aufrichtigen Dank schuldeten. Oesterreich-Ungarn und Deutschland stellten eins der festesten Bollwerke des europäischen Friedens dar. Die Versuche, Deutschland einzukreisen, erschienen durch die Erklärung Bülows als gescheitert. Wenn das Ausland zweifelte, Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich rechnen dürfte, werde auch die österreichische, wohlgeübte Armee in den Tagen der Gefahr Deutschland ein gleichwertiger Helfer sein. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erklärte, er werde für die Vorlage stimmen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Der Generalredner gegen die Vorlage, Abgeordneter Dastynski (Sozialist), trat sodann in schärfster Weise die volksfremde, volksfeindliche und höfische auswärtige Politik der Monarchie, die es mit Hilfe von Geschäftsleuten, Bankiers und Kapitalisten und Rußland gemütlich und selbst von Serbien sich alles gefallen lassen müsse. Diese mit der Sandschakbahn begonnene und mit der Annexion geschlossene imperialistische Politik des Erben v. Aehrenthal habe das Land in eine einzige Kriegsfalle gebracht, obgleich niemand in Oesterreich den Krieg wolle. Nach der persönlichen Bemerkung des Abg. Kramarz gegen Dastynski, sein Besuch bei dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin sei nur eine Sache der Courtoisie gewesen, und nach der Erklärung des Russischen Markow, daß Serbiens und Montenegros Ansprüche auf Kompensationen nicht unbegründet seien, wurde die Dringlichkeit des Annexionsgesetzes und der zur Verhandlung stehenden Anträge Gutersicz und Adlergenommen. Das Haus überwies die Anträge Iobann einer 30gliedrigen Kommission, die sofort gewählt wurde.

Hierauf begann die Verhandlung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes. Abg. Gitberer trat für das handelspolitische Ermächtigungsgesetz mit dreimonatiger Giltigkeits-